

FABIAN VIRCHOW

## Von der »antikapitalistischen Sehnsucht des deutschen Volkes«

Zur Selbstinszenierung des Neofaschismus als Anwalt der »kleinen Leute«

Möchte man sich mit den politischen Standpunkten von Parteien zu aktuellen gesellschaftlichen Fragestellungen und Problemlagen vertraut machen, so sind Parteiprogramme nur von begrenztem Nutzen. Sie sind häufig sehr allgemein gehalten und werden nur in längeren Zeitabständen fortgeschrieben. Aus diesem Grund empfiehlt sich auch im Falle der inzwischen stark neonazistisch beeinflussten NPD ein Blick in öffentliche Stellungnahmen und in die Parteizeitung *Deutsche Stimme*. Dort erschien in der letzten Ausgabe des abgelaufenen Jahres ein für die NPD programmatischer Beitrag ihres langjährigen Funktionärs Jürgen Gansel mit dem Titel »Der Abschied der Linken von der sozialen Frage«<sup>1</sup>. Darin vertritt der Abgeordnete des Sächsischen Landtages die These, dass die politische Linke – SPD, Bündnis 90/Die Grünen, WASG und PDS/Linkspartei – die soziale Frage preisgegeben hätte, so dass es zukünftig einfacher werde, »die Position des Antikapitalismus aus den Traditionsbeständen der Linken herauszubrechen und mit nationalen Inhalten« aufzuladen. Angesichts einer Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, die zu einer weit in die Mittelschichten reichenden und nachhaltig wirkenden Verunsicherung sowie zur materiellen Schlechterstellung zahlreicher Menschen geführt hat, sieht er zahlreiche Ansatzpunkte, diese Entwicklungen als »soziale Frage des deutschen Volkes« zu thematisieren. Die von Gansel propagierten »Gegensatzpaare: Sozialstaat oder Einwanderungsstaat, solidarische Wir-Gemeinschaft oder materialistische Ich-Gesellschaft, staatszentrierter Nationalstaat oder marktzentrierte Weltzivilisation« markieren in Kombination mit dem von ihm verwendeten rassistischen Hetzvokabular (»Verhättschelung ausländischer Sozialschmarotzer«, »staatsalimientierte orientalische Großfamilien oder arrogante Wohlstandsneger«) die politisch-propagandistische Linie der Partei und großer Teile der derzeit politisch handlungsfähigen extremen Rechten in der Bundesrepublik.

In der Verwendung von gemeinhin positiv konnotiertem Vokabular, wie etwa »Sozialstaat« oder »Solidarität«, und deren Verknüpfung mit völkisch-nationalistischen Ideologemen als Erfolgsrezept sieht die NPD nach dem Einzug in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern einen Faktor ihres Erfolges. Bereits vor der Wahl im September 2006 hatte Gansel im Parteiorgan in euphorischem Ton angemerkt, dass der »Nationalismus das Sektiererhafte und Bürgerschreckhafte früherer Zeiten weit hinter sich gelassen (hat, F. V.) und erfolgreich an die Alltagsrealität der Menschen andockt«.<sup>2</sup> In einigen

Fabian Virchow – Jg. 1960; Dr., Vertretung einer Professur für Friedens- und Konfliktforschung an der Philipps-Universität Marburg (WS 2006/07), Forschungsschwerpunkte und Publikationstätigkeit zu den Themen: soziale/politische Bewegungen, Militärsoziologie, Rechtsextremismus, politische Kultur und politische Kommunikation; zuletzt erschienen: Gegen den Zivilismus. Internationale Beziehungen und Militär in den politischen Konzeptionen der extremen Rechten (Wiesbaden: VS) sowie (als Herausgeber zusammen mit Tanja Thomas): Banal Militarism. Zur Veralltäglichen des Militärischen im Zivilen (Bielefeld: transcript).

1 Jürgen Gansel: Der Abschied der Linken von der sozialen Frage. Der Nationa-

Regionen der früheren DDR hätten »Nationalisten mit völkisch aufgeladenen Sozialthemen bereits die Meinungsführerschaft errungen« und seien dabei, eine »nationale Dominanzkultur« zu errichten – getreu der Vorstellung Gramscis, dass »der politischen Machtgewinnung immer die Besetzung des vopolitischen Raumes vorauszugehen« habe. So sicher dem Autor ein gewisses Maß an Selbstüberschätzung attestiert werden darf, so unverkennbar weisen neuere sozialwissenschaftliche Studien aus, dass es erhebliche Zustimmung zu Aussagen gibt, die zum Repertoire extrem rechter Denkmuster gehören. Dies gilt etwa für das Statement, dass Deutschland eine einzige starke Partei braucht, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert (23,9 %) oder auch die Forderung nach Rücksendung von MigrantenInnen in ihre Heimatländer im Falle von Arbeitsplatzknappheit (37,7 %).<sup>3</sup> Zusätzliche Bestätigung sieht die extreme Rechte in einer Studie über extrem rechte Einstellungspotenziale bei Gewerkschaftsmitgliedern.<sup>4</sup>

Massenanhang zu gewinnen, hat in den Vorstellungen der extremen Rechten zentrale Bedeutung. Dabei prognostiziert und hofft man auf eine Vertiefung der ökonomischen und sozialen Krise und der dadurch hervorgerufenen Verunsicherungen: »Nur eine radikale Verschärfung der Systemkrise bietet die Chance zur Überwindung eben dieses Systems, nur eine Zuspitzung der Systemkrise führt zu dem ersehnten Umschlagpunkt in eine neue, eine deutsche Ordnung, (...) nur die Not als Lehrmeisterin verdummter Massen kann die Volksgemeinschaft als Mangel- und Solidargemeinschaft wieder auferstehen lassen.«<sup>5</sup> Ein der Weltwirtschaftskrise von 1929 vergleichbares – in seinen Dimensionen möglicherweise jedoch noch gravierenderes – Krisenszenario (einschließlich des damit verbundenen Leids für eine große Zahl von Menschen) wird als notwendiges Durchgangsszenario auf dem Weg zur Machtübernahme angesehen: »... klar ist, daß es nach dem Zusammenbruch politische Formationen geben wird, die die Wirtschaft auf neue Wertordnungen verpflichten werden, in denen soziale Verantwortung wieder etwas gilt.«<sup>6</sup>

Welchen »Werten« diese Ordnung verpflichtet sein soll, lässt sich jenseits wohlklingender Vokabeln wie »soziale Verantwortung« und »Solidargemeinschaft« bereits anhand der Autoren erahnen, die man sich als historische Bezugspunkte erkoren hat. Rekurriert eine von der NPD-Jugendorganisation und neonazistischen Netzwerken im Sommer 2006 publizierte Broschüre mit dem Titel »Antikapitalismus .... von ›rechts‹ auf die Ideenwelt Gregor Strassers, so bezieht sich Gansel auf Autoren der sog. »Konservativen Revolution«, deren »Antikapitalismus« er sich bereits in seiner 1999 gefertigten Magisterarbeit gewidmet hatte.<sup>7</sup>

Von diesen Wegbereitern und Stichwortgebern des deutschen Faschismus ist freilich in den an eine breitere Öffentlichkeit gerichteten Schriften kaum die Rede. Angesichts einer anhaltend hohen Arbeitslosigkeit und der (schrittweisen) Öffnung des Arbeitsmarktes im Kontext der EU-Osterweiterung stehen insbesondere arbeitsmarktpolitische Themen im Mittelpunkt der Agitation der extremen Rechten zur »sozialen Frage«. Bei Demonstrationen wurde »Arbeit für Millionen statt Profite für Millionäre«<sup>8</sup> oder »Arbeitsplätze zuerst für Deutsche – Kapitalismus und Globalisierung stoppen!« gefor-

lismus wird die Schutzmacht der kleinen Leute, in: Deutsche Stimme 12/2006, S. 19. Die folgenden Zitate sind diesem Text entnommen.

2 Jürgen Gansel: Der Marsch in die Mitte des Volkes. Die Nationalisierung der sozialen Frage verändert das gesellschaftliche Klima, in: Deutsche Stimme 5/2006, S. 19. Die folgenden Zitate sind diesem Text entnommen.

3 Oliver Decker, Elmar Brähler: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 42/2005 vom 17.10.2005, S. 8-17, (13).

4 Michael Fichter, Joachim Kreis, Günter Pollach, Bodo Zeuner, Richard Stöss (2004): Abschlussbericht zum Forschungsprojekt »Gewerkschaften und Rechtsextremismus«, Berlin ([www.polwiss.fu-berlin.de/projekte/gewrex/gewrex\\_downl.htm](http://www.polwiss.fu-berlin.de/projekte/gewrex/gewrex_downl.htm)).

5 Thoralf Trenkmann: Abdankung der wirtschaftlichen Vernunft, in: Deutsche Stimme 8/2003, S. 8.

6 Arne Schimmer: Nationaler Antikapitalismus, in: Deutsche Stimme 5/2005, S. 4.

7 Jürgen Gansel: Antikapitalismus in der »Konservativen Revolution« in Deutschland 1918-1932, Gießen 1999, unveröff. Ms.

8 Aus marxistischer Sicht wäre dem zu entgegen, dass die »Arbeit der Millionen« erst den »Profit der Millionäre« schafft.

9 Vgl. Kapitalistische Ausbeutung bei Lidl?, in: Durchblick Nr. 4, Februar-April 2004, S. 12: »Das Kapital benötigt diese hohe Arbeitslosigkeit, denn die Folge von Arbeitslosigkeit ist unverantwortliche Lohn-drückerei.«

10 In den Flugblättern verband die NPD ihre Forderung nach einem Mindeststundenlohn von 8,80 Euro mit der Parole »Arbeit darf nicht arm machen!« und Hinweisen auf die hohe Zahl der bereits im Niedriglohnbereich arbeitenden Beschäftigten (7,7 Mio.). Im Unterschied zu Mindestlohn-Forderungen aus dem gewerkschaftlichen Spektrum und der PDS/Linkspartei findet jedoch die in diesem Kontext besonders signifikante Beschäftigungs- und Entlohnungssituation von Frauen und Lohnabhängigen mit Migrationshintergrund keine Erwähnung.

11 Vgl. NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag: Arbeit darf nicht arm machen! – Mindestlohn: hier und jetzt! (Faltblatt 2006) sowie den Beitrag »Mindestlohn für Ausländer!« – PDS entlarvt sich, in: Klartext Nr. 9, S. 2.

12 Vgl. Bruno Wetzels: Todesstoß für die deutsche Wirtschaft? SPD will neue »Neidsteuern« durchsetzen, in: National-Zeitung 40/2003 vom 26. 9. 2003, S. 6; Ders.: Niedrige Steuern oder höhere Löhne, in: National-Zeitung 28/2005 vom 8. 7. 2005, S. 5.

13 Radio Freiheit: Das Verelendungsprogramm der Etablierten stoppen! Den

dert. Im Wahlkampf in Sachsen trat die NPD 2004 mit der Parole »Grenzen dicht für Lohndrücker« auf; aus der Feststellung, dass eine hohe Arbeitslosigkeit den Druck auf die Löhne erhöht und die Durchsetzung von Lohnsenkungen erleichtert<sup>9</sup>, werden jedoch keine lohnpolitischen Forderungen abgeleitet: Die im Jahr 2006 von der NPD-Landtagsfraktion in Sachsen gestarteten Aktivitäten zum Thema Mindestlohn<sup>10</sup> sollen die Partei zwar als handlungsfähigen und problemlösungskompetenten politischen Akteur profilieren, dieser ist jedoch nur für »deutsche Arbeitnehmer« gedacht, soll mit der Einführung einer Arbeitspflicht einhergehen und davon abhängig gemacht werden, dass die Gewinnsituation der Unternehmen dies erlaubt (»Mindestlöhne setzen Mindestgewinne voraus«).<sup>11</sup>

Während die extreme Rechte Überlegungen im politischen Feld, Wohlhabende stärker zu besteuern, eine entschiedene Absage erteilt<sup>12</sup> und sich mit populistischen Aussagen zur »politischen Klasse«, die sich selbst großzügig alimentiert, begnügt, folgt aus ihrer Thematisierung der sog. Agenda 2010 und der Hartz-IV-Beschlüsse als »Politik der Umverteilung von unten nach oben«, die für viele Menschen einen »vorprogrammierten sozialen Absturz«<sup>13</sup> bedeute, keineswegs, dass diese Umverteilung sozial-, einkommens- und steuerpolitisch rückgängig zu machen sei. Vielmehr wird eine doppelte Feindmarkierung vorgenommen, mit der die Bedrohung des »deutschen Arbeiters«<sup>14</sup> ursächlich erklärt werden soll. Beide, Migrationsbewegungen und Internationalisierung der Ökonomie, werden den zum Kanon extrem rechter Basisideologeme gehörenden Kategorien »Volk« und »Nation« gegenübergestellt.

Im Windschatten der seit Ende der 1990er Jahre aufkommenden Globalisierungskritik hat der Neofaschismus in der Bundesrepublik seine wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen unter dem Label der »Globalisierungsgegnerschaft« und »Kapitalismuskritik« zusammengeführt. Unter »Globalisierung«, schreibt der NPD-Aktivist Lutz Dessau, sei die »Aushöhlung staatlicher und kommunaler Herrschaftsgewalt«<sup>15</sup> zu verstehen. In ihrem Aufruf zur 1. Mai-Demonstration in Berlin im Jahre 2003 verlautbarte die NPD: »Globalisierung heißt: Verlust von Arbeit, Heimat, Identität«, und im NPD-Partei-programm hieß es 1997: »Die NPD lehnt die in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung systematisch betriebene Internationalisierung der Volkswirtschaften entschieden ab. Diese Globalisierung der Wirtschaft«, heißt es dort weiter, »beruht auf einem überholten und falschen Ziel der maximalen Ausbeutung der Erde durch Schaffung von Monokulturen. (...) Die NPD lehnt die Globalisierung der deutschen Wirtschaft auch deswegen ab, weil die unmittelbar zur Massenarbeitslosigkeit geführt hat.«<sup>16</sup>

Die als negativ bezeichnete »Globalisierung« wird hier verortet in der Schwächung staatlicher Institutionen, als Ursache der Massenarbeitslosigkeit sowie verknüpft mit Prozessen ökonomischer und kultureller Internationalisierung. Vor diesem Hintergrund wird die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten kritisiert, da sie zu einer »24-Stunden-Gesellschaft nach amerikanischem Muster« führe, das »wirtschaftliche Gleichgewicht« zerstöre, so dass die Vielfalt kleiner Geschäfte verloren gehe und eine Dominanz weniger international operierender Multikonzerne zunehme sowie insbesondere »Gemein-

schaft und gemeinschaftliches Erleben (...) durch geschäftiges Treiben rund um die Uhr auseinanderdividiert« würden. Dies kulminiert in der Frage: »Sind wir wirklich nur noch Kunden und nicht mehr Deutsche?«.<sup>17</sup>

Als Ausdruck der Globalisierung werden auch die EU-Dienstleistungsrichtlinie, neue Phänomene wie das Cross-Border-Leasing sowie die jüngsten Verkäufe kommunalen Wohneigentums kritisiert.<sup>18</sup> Dabei spricht die extreme Rechte statt von »Sozialkapital« wie der *Deutsche Mieterbund*<sup>19</sup> lieber – insbesondere in Ostdeutschland anknüpfend an ein verbreitetes Grundverständnis der DDR-Zeit – von »Volkseigentum«. Dieser Begriff wird völkisch aufgeladen. So heißt es in einer neonazistischen Schulungsbroschüre, dass »Volkseigentum« jenes Eigentum ist, das »einst vom Volk erkämpft und/oder mit deren Steuern und Gebühren geschaffen und erhalten« wurde; die vom »Volk geschaffene Infrastruktur« sichere dessen Lebensgrundlagen (z. B. Krankenhäuser, Wasser- und Stromversorgung, Schulen und Universitäten, Schienennetze und Flughäfen) und seinen »Fortbestand«, d. h. den einer »Gemeinschaft physisch und seelisch gleichartiger Lebewesen«.<sup>20</sup> Dass zahlreiche Kommunen sich hinsichtlich ihres Haushaltes in einer prekären Lage befinden, vermag auch die extreme Rechte nicht zu übersehen. Diese wird jedoch nicht auf zu geringe Steuereinnahmen für die Kommunen zurückgeführt, sondern es wird ausgabenseitig auf die »Unterstützung von kulturzersetzenden Einrichtungen und Projekten, (die – F. V.) Förderung von antideutschen Jugend-Treffs« sowie die »jährlichen, selbstgewollten Frondienste in Höhe von nahezu 200 Mrd. Euro, die Abschreibungsmöglichkeiten für Konzerne« oder den Katastrophenschutz verwiesen.«<sup>21</sup>

In der extrem rechten Weltdeutung und Lesart ökonomischer und sozialer Ereignisse und Entwicklungen steht der »Ausverkauf der deutschen Wirtschaft« als geradezu paradigmatisch dafür, dass Deutschland als Totalität, als Nation das Opfer der Globalisierung ist. Diese Setzung wird häufig verknüpft mit politischer Kritik am »internationalen Kapital« bzw. am »Kapitalismus«. Dabei wird unter Kapital meist das Finanzkapital bzw. »das internationale Bankkapital« verstanden, »das sich in den Händen weniger Mega-Konzerne und hyperreicher Multi-Milliardäre«<sup>22</sup> befinde und von der Umverteilung der Einkommen weltweit am meisten profitiert. Diese Fokussierung auf das Finanzkapital korrespondiert mit einem Verständnis von Kapitalismus, welches diesen nicht nur explizit als »antideutsches« System mit fremdbestimmten wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen versteht, sondern auch als – im antisemitischen Sinne – »vagabundierendes transnationales Finanzkapital« bzw. »vagabundierendes Raubritterkapital« ablehnt. Als (Problem des) Kapitalismus wird dabei die Entwicklung einer Konstellation angesehen, in der sich Geldvermögen aufgrund Verzinsung oder Spekulation vervielfacht, ohne dass diesem ein realer Gegenwert an produzierten Gütern entspreche.<sup>23</sup> Diese Kapitalismuskritik bezieht sich allerdings lediglich auf die Zirkulationssphäre des Kapitals.

Einem materialistischen Verständnis von Kapitalismus wird – mit explizitem Verweis auf Max Weber und Werner Sombart – ein idealistisches Verständnis entgegengestellt, da für dessen Ursprung nicht sozio-ökonomische Entwicklungen ausschlaggebend gewesen seien,

Volkszorn auf die Straße tragen! (Flugblatt 2004); auch Jürgen Gansel: Hartz-IV-Unglück statt Lotterglück, in: *Deutsche Stimme* 6/2006, S. 6.

14 Hier gilt das Spenglersche Verständnis vom »Arbeiter« als das dem Ganzen dienende Glied der Gemeinschaft.

15 Lutz Dessau: »Sie verkaufen unserer Enkel ihre Häuschen«. Umfangreiche Hökerei auch im Bereich Wohnen – Klüngel aus BRD-Funktionären und US-»Geierfonds«, in: *Deutsche Stimme* 1/2006, S. 4.

16 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (Hrsg.): *Parteiprogramm*, Stuttgart 1997.

17 Ladenschluß ist Muß, in: *Durchblick* Nr. 4, Februar-April 2005, S. 6.

18 Vgl. Lars Thomsen: Auf dem Speiseplan der Heuschrecken, in: *Deutsche Stimme* 10/2006, S. 9.

19 Vgl. das Interview mit dem DMB-Direktor Franz-Georg Rips in *Das Parlament* 51-52/2006, S. 3.

20 Vgl. die Ausführungen in der von Neonazis herausgegebenen Broschüre »Privatisierung« (Bansin 2006).

21 Lutz Dessau: a. a. O., S. 4.

22 Karl Richter: Auf dem Höllentrip. Großkapital gegen Nationalstaaten, in: *Nation & Europa* 2/2004, S. 20-24, (23).

23 Vgl. Lothar Ehrlichmann: Sind die Arbeitslosen das einzige Problem?, in: *Deutsche Stimme* 2/2005, S. 16.

24 Vgl. Jürgen Riehl (Hrsg.): *Funkenflug. Handbuch für Patrioten und Aktivisten*, Riesa: Deutsche Stimme Verlag 2006, S. 48 ff.

25 Vgl. kritisch z. B. Jeffrey Herf (1984): *Reactionary modernism. Technology, culture, and politics in Weimar and the Third Reich*, Cambridge, Cambridge University Press, S. 130-151.

26 Wolfgang Traxel: *Elend und Ende des Kapitalismus*, in: *Aula 12/1998-1/1999*, S. 15. Traxel zitiert hier den extremen Rechten Thor von Waldstein.

27 Vgl. Jürgen Schwab: *Deutschland – Land der Kapitalismuskritik*, in: *Deutschland in Geschichte und Gegenwart 3/2005*, S. 15-17, (17).

28 Ulrich Nill (1991): *Die ›geniale Vereinfachung‹. Anti-Intellektualismus in Ideologie und Sprachgebrauch bei Joseph Goebbels*, Frankfurt/Main & Bern & New York & Paris: Lang, S. 313/314.

29 Rüdiger Burger: *Das souveräne Deutschland und die USA*, in: *Nation & Europa 6/1991*, S. 4-6, (4).

30 Reinhard Busch (1996): *Deutsche Firmen investieren im Ausland*, in: *Deutsche Stimme 9/1996*.

31 Junge Nationaldemokraten: *Gegen Globalisierung (Falblatt 2005)*. Mit Blick auf den Konsumentenboykott, zu dem im Dezember 2005 als Teil des Arbeitskampfes beim AEG-Werk in Nürnberg aufgerufen worden war, rückte der

sondern die Entwicklung von Mentalitäten und Verhaltensweisen.<sup>24</sup> Hinsichtlich letzterer wird u. a. auf die Veröffentlichungen von Werner Sombart verwiesen, der dem »jüdischen Geist« eine zentrale Bedeutung bei der Entwicklung des Kapitalismus zuschrieb.<sup>25</sup> Auf der Grundlage dieses strukturell antisemitischen Kapitalismusverständnisses möchte die extreme Rechte der selbst gestellten Aufgabe, »die Position des Antikapitalismus aus den Traditionsbeständen der beamteten APO-Opas herauszubrechen, um sie mit nationalen Inhalten aufzuladen«<sup>26</sup>, gerecht werden.

Zu den in diesem Kontext entwickelten (wirtschafts)politischen Alternativ- oder Gegenentwürfen gehört insbesondere die Stärkung national-staatlicher Souveränität, etwa im Sinne des von Johann Gottlieb Fichte im Jahr 1800 postulierten Konzepts des »geschlossenen Handelsstaates«; da extrem rechte Weltanschauung ohne das Denken in Kategorien von Macht und Hierarchie nicht auskommt, wird die Zielsetzung »nationale Souveränität« in der Wirtschaftspolitik mit der Forderung nach Zugriff und Verfügung über Atomwaffen verbunden.<sup>27</sup> Zugleich findet eine enge Verknüpfung der Termini »souverän« und »Souveränität« mit den Begriffen »frei« und »Freiheit« statt, deren allgemein positive Konnotation sich die extreme Rechte zu Nutze zu machen versucht. Wie Nill am Beispiel des Sprachgebrauchs von Goebbels gezeigt hat, kann »Freiheit« »zu einer Artikulationsform des Antisemitismus werden«, denn »Befreiung« sei »vor allem durch den Kampf gegen »den Juden« zu erreichen.«<sup>28</sup> Auch in der extrem rechten Propaganda der Gegenwart findet sich eine entsprechende Verwendung des Terminus »Freiheit«, deren antisemitischer Gehalt etwa im Ruf nach einer »Freiheitsdoktrin für Europa« zum Ausdruck kommt, deren »neue Ordnung (...) auf dem Selbstbestimmungsrecht und der gewachsenen Identität seiner Völker beruhen werde«<sup>29</sup> und gegen den (schlichtweg behaupteten) Einfluss »der Juden« durchgesetzt werden müsse.

Die unter verschiedenen Oberbegriffen (»patriotische Wirtschaftspolitik«, »antikapitalistischer Politikansatz«, »deutscher Sozialismus«) zusammengefassten Einzelmaßnahmen sehen z. B. vor

- ein »gesetzliches Abwanderungsverbot für Unternehmen in Billiglohnländer«<sup>30</sup>;
- Importbeschränkungen und Schutzzölle gegen »Billigkonkurrenz aus Sozialdumpingländern«<sup>31</sup>;
- strenge Reglementierung der Beteiligung ausländischer Unternehmen an deutschen Firmen;
- Abschottung des deutschen Arbeitsmarktes (»Grenzen dicht für Lohndrücker!«)
- Arbeitslosengeld als Festentgelt für erwerbslose Deutsche;
- alle Sozialhilfeempfänger und Langzeitarbeitslosen in Arbeitsdienst eingliedern;
- den Großeinsatz des Arbeitsdienstes in »Mitteldeutschland«;
- die Abschaffung des »mühe- und arbeitslosen« Einkommens; bei Nichteinhaltung des Einzelnen sofortiger Zwangseinzug in den Arbeitsdienst<sup>32</sup>;
- den Ausschluss von Migranten aus den sozialen Sicherungssystemen<sup>33</sup>;
- Maßnahmen zur wirtschaftlichen Autarkie.

Als Gesellschaftsmodell wird eine Volksgemeinschaft angestrebt, deren völkisch definiertes Kollektiv ständisch organisiert wird.<sup>34</sup> Die Verwendung des Begriffs »Sozialismus« in diesem Kontext verweist in keiner Weise auf ein ökonomisches und emanzipativen Vorstellungen verbundenes Verständnis und Gestaltungsziel, sondern folgt der Gleichsetzung von Sozialismus und biologistisch und organozistisch verstandener Gemeinschaft: »Was bedeutet also *Sozialismus* wirklich? Es ist die Idee der Gemeinschaft! *Gemeinschaft* das kann heißen Familie, Sippe, Stamm, Betrieb und Stadt bis hin zu Volks-, Kultur- und Rassengemeinschaft. (...) Noch bedeutsamer für einen gesunden Sozialismus ist aber die Volksgemeinschaft. (...) Unser Volk (also unsere Gemeinschaft – unser Sozialismus) ist ein biologischer Organismus.«<sup>35</sup>

Die Verbindung von »Sozialismus« und »Nation«<sup>36</sup> ist in diesem Kontext paradigmatisch, denn »nur ein gesunder Sozialismus auf nationaler Grundlage ist und bleibt die einzige Alternative zur bestehenden Politik. Denn soziales Handeln setzt nationales Denken voraus! Nur ein nationaler Sozialismus schafft Arbeit und soziale Gerechtigkeit!«<sup>37</sup> Welches Verständnis von »Arbeit« dabei impliziert wird, lässt sich am Beispiel einer neonazistischen Demonstration zum 1. Mai in Leipzig im Jahre 2004 zeigen, wo die Demonstrierenden ein Transparent mit sich führten, auf dem es hieß: »Arbeit macht frei – Freiheit für alle«. Dieses Motto erinnert zunächst an die schmiedeeisene Schmuckzeile über den Toren verschiedener Konzentrations- und Vernichtungslager des deutschen Faschismus (Auschwitz, Dachau, Flossenbrück und Sachsenhausen). Wolfgang Brückner hat den Weg der Parole »Arbeit macht frei« vom deutschnationalen Milieu des Kaiserreichs über pangermanisch-antisemitische Organisationen in der Weimarer Republik bis in die NS-Diktatur verfolgt und ihre Aufladung mit nationalistischem Pathos und Arbeitsethos analysiert.<sup>38</sup> Entsprechend huldigten zahlreiche völkische Bewegungen in Deutschland, wie z. B. die bereits früh nationalsozialistisch dominierte *Artam-Bewegung* einem Arbeitsbegriff, der Arbeit als Opfer für und Dienst an Nation und Volksgemeinschaft sah. Eine solche Nationalisierung der Arbeit wurde im Nationalsozialismus noch biologistisch unterfüttert: Wer aus rassischen Gründen nicht zum Arbeiten geboren sei, verdiente auch nicht zu leben. Der deutsche Faschismus, dessen Reichsarbeitsdienst die Tore seiner Lager mit der Parole »Arbeit adelt« schmückte, bezeichnete sich diesem Verständnis zufolge selbst als »Staat der Arbeit«.

Die extreme Rechte in der Bundesrepublik nimmt in programmatischen Schriften auf ein solches bzw. ein preußisches Arbeitsverständnis positiv Bezug. Keck fordert die Stärkung eines »moralgetragenen Arbeitsethos«, der Schluss mache mit »Faulenzerei, Aussteigermentalität und (dem – F. V.) behagliche[n] Niederlassen in der sozialen Hängematte«.<sup>39</sup> Sander wünscht sich dementsprechend die Wiederentstehung eines Arbeiterstandes als ein »Bund mit einem beruflich motivierten Ethos«<sup>40</sup>, der unter seinen Mitgliedern selbst für Fleiß und Disziplin sorgt. Die Idee eines selbstlosen Arbeitsethos, der als »Verbeugung vor der Arbeit« insbesondere in der DDR eingeübt worden sei, wird auch in der *National-Zeitung*, die der DVU nahe steht, propagiert.<sup>41</sup>

ehemalige NPD-Vordenker Jürgen Schwab diese Aktion nicht nur in die Nähe der antisemitischen Aufrufe des Juden-Boykotts, sondern betonte auch, dass ein solcher »Boykottaufwurf gegen ausländische Waren nur dann durchschlagend ist, (F. V.), wenn die Aktion vom deutschen Staat getragen würde« (Jürgen Schwab: Warum kein Schutzzoll?, in: *Nation & Europa* 2/2006, S. 16-22, (16), d. h. etwa in Gestalt eines Einfuhrverbotes organisiert würde.

32 Ähnlich: »Beseitigung des arbeits- und mühelosen Einkommens. Keiner soll verdienen, ohne eine vorangegangene Leistung erbracht zu haben.« (Leverkusener Aufbruch: Sozialismus – Was ist das überhaupt?, in: *Durchblick* Nr. 1 [Mai 2004], S. 6-7, [6]).

33 Vgl. -ach: Krankenversicherung für Ausländer – Zerstörung des Solidarprinzips, in: *Deutsche Stimme* 3/1995, S. D. Dies läuft auf den Raub der in die Sozialversicherungssysteme eingezahlten Beiträge hinaus.

34 Reinhold Oberlercher: Entwurf einer neuen Volkswirtschaft, in: *Staatsbriefe* 2/1997, S. 6-13: »Dieser Kampf geht gegen die Diktatur des nomadisierenden Finanzkapitals, er geht für die Einordnung aller Klassen, auch der deutschen Kapitalistenklasse und der deutschen Arbeiterklasse, in die bürgerliche Gesellschaft und die Unterordnung der deutschen Gesellschaft unter den deutschen Staat, wodurch die deutsche Gesellschaft erst wieder bürgerlich und damit anständig wird. Denn anständig lebt nur, wer sich einem Stande angeschlossen und sich

selbst also in Stand gesetzt hat« (6); auch: Günther Schwemmer: »Versöhnung des Kapitals mit der Arbeit« – Der Ständestaat als »dritter Weg«, Teil 2, in: Deutsche Stimme 10/2006, S. 19.

35 Leverkusener Aufbruch: Sozialismus – Was ist das überhaupt?, in: Durchblick Nr. 1 (Mai 2004), S. 6-7, (6).

36 Vgl. in historischer Perspektive Christoph H. Werth: Sozialismus und Nation. Die deutsche Ideologiediskussion zwischen 1918 und 1945, Opladen: Westdeutscher Verlag 1996.

37 »Nein zur Agenda 2010. Ein neues System bietet neue Möglichkeiten«, online-Dokument unter <http://www.netzspeicher24.de/agenda/index.php> (download 16. 8. 2004).

38 Vgl. zu den folgenden Ausführungen: Wolfgang Brückner: »Arbeit macht frei«. Herkunft und Hintergrund der KZ-Devise, Opladen: Leske+Budrich 1998.

39 Alfred Keck: Moralische Grundlagen der Sozialstaatserneuerung, in: Deutsche Stimme 11/2001.

40 Hans-Dietrich Sander: Thesen zur Bildung einer nichtsozialistischen Arbeiterbewegung, in: Staatsbriefe 7-8/1994, S. 30-32, (31).

41 Richard: Die Würde des Menschen, in: National-Zeitung 38/2004 vom 10. 9. 2004, S. 5.

42 Thorsten Thomsen: Roter Riese mit schwindender Basis, in: Aula 6/2003, S. 13-15, (14).

43 Thorsten Thomsen: a. a. O., S. 13-15, (14).

Zu den Gegnern einer solchen Zielsetzung werden die politische Linke und die DGB-Gewerkschaften gezählt, deren Entmachtung angestrebt wird. Dabei setzt die extreme Rechte auf eine verbreitete Kritik an den Bezügen und dem Auftreten von Vorstandsmitgliedern von DGB-Gewerkschaften<sup>42</sup>, macht die auf prozentuale Lohn- und Gehaltssteigerungen orientierte gewerkschaftliche Lohnpolitik dafür mitverantwortlich, dass heute ein Aufsichtsratsvorsitzender das Vielfundertfache eines Durchschnittsarbeitnehmers verdiene, und wirft den DGB-Gewerkschaften – hier in argumentativer Übereinstimmung mit den Unternehmerverbänden – das Eintreten für den Flächentarifvertrag vor, da sich dieser als »größter Arbeitsplatzvernichter«<sup>43</sup> erwiesen habe. Statt »Klassenkampf« seien Formen einvernehmlicher Konfliktregelung gefragt, um Standortnachteile zu vermeiden. Arbeitskampfmaßnahmen der DGB-Gewerkschaften werden einerseits als unwirksam denunziert (»lediglich kosmetische Auswirkungen«) bzw. andererseits als Mechanismus des »Abschwächens und Kanalisierens des gerechten Zorns der deutschen Arbeiter« angesehen, die von ihren Gewerkschaftsfunktionären »nur Worthülsen«<sup>44</sup> hören würden. Die in den Publikationen der extremen Rechten formulierte Gewerkschaftskritik greift zum Teil erkennbare Missstände auf, wendet diese jedoch gegen die Perspektive einer kampfstarken Organisation *aller* lohnabhängigen Beschäftigten und trägt zu deren politischer Entwaffnung bei, indem sie sie völkisch-nationalistischen Schließungsprinzipien unterwerfen möchte. Thomsen wünscht sich explizit eine »deutsche Margret Thatcher« herbei, die den Gewerkschaften das Rückgrat bricht, d. h. in der Lage ist, den »roten Riesen in die Knie zu zwingen«.<sup>45</sup>

Lehnt die extreme Rechte die DGB-Gewerkschaften ab, so sucht sie nach politischen und organisatorischen Alternativen im Sinne einer »nichtsozialistischen Arbeiterbewegung«. Anders als der DGB würden andere Arbeitnehmervertretungen, wie etwa der *Christliche Gewerkschaftsbund* (CGB), die *Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Betriebsangehöriger* (AUB) oder der *Deutsche Arbeitnehmer-Verband* (DAV) nicht auf Klassenkampf und Konfrontation setzen. Mit den Möglichkeiten der Schaffung einer nichtsozialistischen Gewerkschaftsbewegung hat sich das Blatt *Staatsbriefe* intensiver befasst. Es erinnert nicht nur an volksgemeinschaftliche Traditionsstränge in der deutschen Arbeiterbewegung sowie an das Konzept der »Arbeitsfront«, sondern propagiert die nichtsozialistische Arbeiterbewegung als »Arbeiterstand innerhalb einer wiederherzustellenden nationalen Volkswirtschaft«.<sup>46</sup> Insgesamt tritt die Zeitschrift für eine Zerstörung unabhängiger Gewerkschaften und die Rückkehr zu einem weit reichenden Korporatismus ein, der »die Arbeiter« in den »Volkkörper« integrieren soll.

Zum politischen Auftreten des Neofaschismus gehört einerseits mit der zunehmenden Zahl von Mandaten in kommunalen und Landesparlamenten die Entwicklung konkreter politischer Programme unterschiedlicher Reichweite sowie die Nutzung der finanziellen und technischen Ressourcen zum Ausbau der eigenen Strukturen und zur Stabilisierung des sympathisierenden Umfeldes (etwa durch die Eröffnung von »Bürgerbüros« in der Fläche, durch das Angebot von Sommer- und Kinderfesten sowie regelmäßige Publikationen

und inszenierte Skandale) sowie andererseits die »Politik der Straße«, mit der jene aktivistischen Teile des Milieus/der Szene, die sich als »kämpfende Avantgarde« für ein völkisches Deutschland verstehen, eingebunden werden. Insbesondere die derzeit in/um die NPD und neonazistische Netzwerke aktive extreme Rechte verfolgt ein politisches Konzept, das – wie bereits Faschismus und Nationalsozialismus – als »Weltanschauung der Tat« zu charakterisieren ist. In diesem Sinne müssen auch Demonstrationen, politische Praxis und öffentliches Auftreten *Praxeologie* dieser Akteure als eigenständiger Faktor in der Analyse und Bewertung berücksichtigt werden.

Die Durchführung von öffentlichen Aktionen und die Radikalisierung der Slogans dienen der Inszenierung als »systemoppositionelle Kraft« und sollen insbesondere unzufriedene junge Menschen ansprechen. Dies geschieht etwa mit den von der NPD alljährlich zum 1. Mai organisierten Demonstrationen, aber auch mit überregional koordinierten Kampagnen neonazistischer Netzwerke, etwa gegen die »Agenda 2010« (in den Jahren 2004 und 2005) oder in Form der sog. »Antikap-Kampagne« (2006 und 2007).<sup>47</sup> Der Versuch, mit einer Rekonstruktion eines vormodernen Antikapitalismus und der konsequenten Umsetzung eines völkischen Prinzips der *préférence national* von der »antikapitalistischen Sehnsucht des deutschen Volkes«<sup>48</sup> zu profitieren, soll – nach dem Willen der NPD und der mit ihr kooperierenden DVU und Neonazis – 2009 zunächst in den Bundestag führen.

Dabei besteht das spezifische Profil dieser Strömung einerseits politisch-programmatisch in einer nationalistischen und rassistischen Unterfütterung einer Kritik an Globalisierung, Privatisierung und dem Abbau sozialer Sicherungssysteme sowie andererseits praxeologisch in der Selbstinszenierung als system-oppositionelle Bewegung inner- wie außerhalb der Parlamente, die sachbezogene politische Initiativen mit einer radikalen Protest- und Widerstandsattitüde (vor allem in der Wortwahl sowie in der Aktionsform »Demonstration«) zu verknüpfen weiß. Damit versucht sie, im öffentlichen Raum mit ihrer Propaganda und ihren Aktionen als politische Alternative zu den Gewerkschaften und der parteipolitischen Linken wahrgenommen zu werden.

Was hier angesichts der zunehmenden Zahl von Menschen, die mit der Globalisierung den Verlust von Arbeitsplätzen und eine Gefährdung der sozialen Sicherungssysteme verbinden und dadurch verunsichert sind<sup>49</sup>, als radikale Geste inszeniert wird, kann bei näherem Hinsehen nicht verdecken, dass es der extremen Rechten nicht um eine Infragestellung oder gar Überwindung der Grundlagen bürgerlich-kapitalistischer Wirtschaftsform geht; so wird etwa das Eigentum an Produktionsmitteln nicht in Frage gestellt. Vielmehr zielen die politischen und sozialen Interventionen von NPD und neonazistischen Netzwerken darauf ab, die verbreitete Unzufriedenheit über die Massenarbeitslosigkeit, den Abbau der sozialen Sicherungssysteme sowie die Zukunftsunsicherheit großer Teile der Bevölkerung mit völkisch-nationalistischen Sichtweisen anzureichern. Mit einem verkürzten Kapitalismusverständnis und der Reduzierung der Idee des Sozialismus auf den Gedanken der (Volks)Gemeinschaft verbindet sich der Angriff auf die Gewerkschaften und die politische

44 NPD-KV-Forchheim: Gewerkschaften und Sozialdemokratie – Verräter am deutschen Arbeiter! (Flugblatt 2006).

45 Thorsten Thomsen: a. a. O., S. 13-15, (15).

46 Hans-Dietrich Sander: Thesen zur Bildung einer nichtsozialistischen Arbeiterbewegung, in: Staatsbriefe 7-8/1994, S. 30-32, (31). Weitere Beiträge in den Ausgaben 6/1994 und 7-8/1994.

47 »Antikap« meint »Antikapitalismus«. Die Selbstinszenierung als »Systemopposition« wird in den Berichten zu den Aktivitäten deutlich (vgl. online-Dokument unter <http://freier-widerstand.net/index.php?id=942> (download 30. 4. 2006; <http://www.freier-widerstand.net/index.php?id=1221> (download 18. 10. 2006).

48 Jürgen Gansel: Der Abschied der Linken von der sozialen Frage. Der Nationalismus wird die Schutzmacht der kleinen Leute, in: Deutsche Stimme 12/2006, S. 19.

49 Vgl. Renate Kocher (2006): Mehr Zustimmung, aber weniger Zutrauen. Sympathiegewinne und Bedeutungsverluste der Gewerkschaften, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. 6. 2006, S. 5.

Linke. Einer internationalistischen Entgegnung auf die Zumutungen des Kapitalismus wird das Modell einer klassen-versöhnlichen, ständischen und nach nationalstaatlicher Autarkie strebenden völkischen Gemeinschaft gegenübergestellt, in der Arbeit idealisiert wird.